

Veröffentlichung der Quellen zum Thema Arbeit in Heimen und persönliche Stellungnahme der Landesrätin Christine Baur

Am 15.11.2013 wurde „Arbeit in Heimen – Jugendliche in der Fürsorgeerziehung, Kurzbericht der Arbeitsgruppe“ veröffentlicht.

Neben der landesinternen Arbeitsgruppe befassten sich auch die zwei HistorikerInnen **Prof.in Elisabeth Dietrich-Daum und Prof. Dirk Rupnow** mit der Thematik rund um das Thema Arbeit in St. Martin.

Nach erneuter Durchsicht aller Unterlagen, inklusive der früheren Landeskontrollamtsberichte, kam von ihnen die Anregung, den veröffentlichten Kurzbericht um den **ausführlicheren Langbericht** und die **drei Landeskontrollamtsberichte** zu ergänzen.

Im Sinne der Transparenz und lückenlosen Aufklärung mache ich dies nun hiermit. Konkrete Punkte, die in der Kurzfassung des Berichts nicht oder zu wenig deutlich verschriftlicht wurden, sind folgende:

Es ist mir als Juristin wichtig festzuhalten, dass Gesetze im Sinne der Rechtssicherheit eine große Errungenschaft darstellen. Allerdings ist mir auch klar, dass die **Gesetzeslage nicht automatisch die tägliche Praxis abbildet**.

Gesetze bilden im Idealfall ein Abbild der Meinung des Volkes, wie ein Regelwerk in bestimmten Bereichen ausschauen soll. Mit den Vorstellungen der Bevölkerung ändern sich mit der Zeit auch immer wieder die Gesetze. Vor 50 Jahren gab es daher Gesetze, die heute niemand mehr mittragen würde. Ich möchte daher betonen, dass ich **mich von der damaligen Rechtslage und den damaligen pädagogischen Konzepten distanzieren**.

Trotz all der Fehler, die in Fürsorgeeinrichtungen geschehen sind, möchte ich betonen, dass es auch MitarbeiterInnen gegeben hat, die sich sehr angestrengt und für die Jugendlichen eingesetzt haben. Ihre gute Arbeit möchte ich würdigen.

Eine Erkenntnis aus einem Kontrollamtsbericht ist auch, dass es teilweise Probleme mit der Buchhaltung in St. Martin gab. Es wurden nicht allen Mädchen die Gelder auf ihrem Zöglingskonto sofort bei ihrer Entlassung ausgezahlt. (Siehe dazu schon die Berichterstattung aus dem Jahr 2012: <http://www.tt.com/%C3%9Cberblick/Chronik/ChronikTirol/5414653-6/auch-das-land-lie%C3%9F-w%C3%A4sche-von-z%C3%B6glingen-waschen.csp>, <http://derstandard.at/1347492706169/Zwangsarbeit-Tiroler-Heimkinder-arbeiteten-auch-fuer-Bundesheer>, <http://tirol.orf.at/news/stories/2550294/>.) Der Kontrollamtsbericht rügte dies und verlangte eine Behebung dieses Mangels. Ich erkenne es an, wenn Betroffene sagen, nicht immer Geld für eine Arbeitsleistung bekommen zu haben.

Für mich geht es darum, **dass das Land Verantwortung übernimmt**, wenn Jugendlichen im Rahmen der Fürsorgeerziehung Unrecht widerfahren ist oder widerfährt.

Ich möchte **hinschauen, das geschehene Unrecht benennen, es anerkennen, es in unser aller Erinnerungen verankern** und an einer guten Betreuung von Kindern und Jugendlichen jetzt und in Zukunft arbeiten.

Wichtig ist mir auch zu betonen, dass ich **allen Betroffenen Glauben schenke**. Für mich besteht kein Zweifel daran, dass es zu Gewalt in ihren verschiedensten Formen gekommen ist. Das hätte nicht passieren dürfen.

Die Veröffentlichung des Langberichtes und der drei Landeskrollamtsberichte soll die Grundlage für weitere Perspektiven ermöglichen. Richtig ist, dass nicht rein der verwaltungsjuristische Blick auf die Geschehnisse in St. Martin und in anderen früheren Fürsorgeeinrichtungen stehen bleiben soll.

Der verwaltungsjuristische Blick ist nur einer neben vielen. Ich möchte diesen erweitern um einen historischen, um einen psychologischen und um einen persönlichen. **Im Sinne einer transparenten Aufarbeitung des Themas muss die Geschichte von mehreren Seiten her beleuchtet werden.** Jeder Blick hat seine Bedeutung und kein Blick ist wichtiger oder weniger wichtig.

Die Berichte zu Arbeit in St. Martin sind nicht der Abschluss des Themas. **Weiterhin wird Forschung** betrieben. Aufbauend auf eine Vorstudie wird derzeit an einer Studie zum Fürsorgeerziehungssystem der Länder Tirol und Vorarlberg in der Zweiten Republik und am Beispiel St. Martin in Schwaz gearbeitet.

A handwritten signature in cursive script that reads "Christine Baur". The ink is black and the handwriting is fluid and personal.

Dr.ⁱⁿ Christine Baur

Landesrätin für Soziales und Kinder- und Jugendhilfe